

Lager der Gegner des UNO-Staates übertraten, so ist deren zahlenmäßige Überlegenheit in diesem Forum nicht gesichert; aber die bitteren Erfahrungen, welche mit dem geplanten UNO-Staat gemacht wurden, werden vielleicht doch dazu führen, daß sich ein genügend großer Harst um den Plan eines beschränkten internationalen Schutzes der Heiligen Stätten, sammelt. Über die praktischen Chancen dieser weniger ambitionösen Lösung des Problems läßt sich heute noch nichts Sicheres sagen: sie hängen zum größten Teil ab von der Weiterentwicklung des politischen Spiels im Vorderen Orient, das sich ja gegenwärtig im vollen Fluß befindet. R.O.E.

(In: „Basler Nachrichten“, 106 [Basel, 22. 6. 50] Nr. 280)

8m) Israel und die Ermordung des Grafen Bernadotte
TEL AVIV, 19. Juni. (United Preß). Die Regierung Israels richtete an Schweden eine Note, in der sie sich mit den Beschuldigungen auseinandersetzt, die Ermordung Graf Bernadottes hätte bei Vornahme der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vermieden werden können und die Nachforschungen nach den Mördern seien nicht entschlossen genug geführt worden. In beiden Punkten gibt die Regierung Israels zu, Unterlassungssünden begangen zu haben.

Zum ersten Punkte wird festgestellt, daß zur Zeit des Anschlages — dem 17. September 1948 — „chaotische Zustände“ geherrscht hätten. Damals seien kaum vier Monate seit der Unabhängigkeitserklärung Israels vergangen gewesen. Die Regierung Israels hätte jedoch eine „weisere Haltung“ an den Tag legen können und nicht stillschweigend annehmen sollen, daß der Vermittler der Vereinigten Nationen eine Schutzbegleitung „nicht wünsche“.

Zum zweiten Punkte wird bemerkt, Schweden sei völlig im Recht, „Lücken und Unterlassungen“ bei der Untersuchung des Mordfalles durch die Behörden Israels zu beanstanden. In der Note werden folgende Unterlassungen zugegeben: Der Tatort ist nicht abgesperrt worden, der Tatort und das Automobil Bernadottes wurden nicht untersucht, die Mitglieder der Reisegesellschaft des Grafen wurden nicht einvernommen, die bei der Stern-

bande konfiszierten Waffen wurden nicht untersucht, die im Stützpunkte der Sterngruppe in Jerusalem beschlagnahmten Fahrzeuge wurden nicht daraufhin untersucht, ob eines von ihnen mit dem von den Mördern verwendeten Jeep identisch sei, und schließlich wurde die Konfrontierung von Verdächtigen mit Augenzeugen unterlassen.

(In: „Basler Nachrichten“, 106 [Basel, 20. 6. 50] Nr. 255)

STOCKHOLM, 6. Juli. (United Preß). Die schwedische Regierung teilte der Regierung Israels mit, daß sie mit den letzten Untersuchungsergebnissen über die Ermordung des Prinzen Bernadotte befriedigt sei und daß sie den Gedankenaustausch auch über diese Angelegenheit als beendet betrachte. Die Erklärung führt aus, die schwedische Regierung nehme mit Befriedigung Kenntnis davon, daß die Regierung Israels die Mängel des ursprünglichen Polizeiberichts anerkenne und bedauere.

(Dass. [Basel, 7. 7. 50] Nr. 284)

Die israelische Regierung hat eingewilligt, einen Gesamtbetrag von 54 528 Dollar an die Vereinten Nationen für die Schäden, die durch die Ermordung des U. N. palästinensischen Vermittlers Graf Folke Bernadotte entstanden sind, zu bezahlen, eine offizielle Entschuldigung abzugeben und die Suche nach den Mördern fortzusetzen.

(In: The Jews in the News [Californien, Juli 1950] Nr. 34)

8n) Schweden anerkennt Israel de iure

STOCKHOLM. Die schwedische Regierung hat beschlossen, Israel de jure anzuerkennen, wie am Donnerstag in Stockholm offiziell mitgeteilt wurde. Zur gleichen Zeit ist Schweden bereit, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Bisher hatte Schweden die Anerkennung Israels von der Aufklärung des Mordes an Graf Bernadotte und der Bestrafung der Schuldigen abhängig gemacht.

(In: „Die Welt“, 5 [Hamburg, 14. 7. 50] 162)

9. KLEINE NACHRICHTEN

9a) Ein Jude rettete den Hamburger Bürgermeister

In der „Arbeiter-Zeitung“ Basel ist ein Interview von Alfred Joachim Fischer mit dem gegenwärtigen Senatspräsidenten und ersten Bürgermeister von Hamburg, Max Brauer, wiedergegeben. Darin wird erzählt, wie der ehemalige sozialdemokratische Oberbürgermeister von Altona in der Weimarer Zeit sich dem Zugriff der Hitler-Schergen hat entziehen können und nach vielen Umwegen, die ihn u. a. nach Genf führten, nach Amerika hat gelangen können:

„Durch nationalsozialistisches Intrigenspiel verhaftete man ihn in der Pariser Umgebung. Nicht ohne Mühe befreiten ihn seine Freunde. Nunmehr war Brauer der europäischen Boden zu heiß geworden. Um nach Amerika zu gelangen, brauchte er aber eine offizielle Einladung. Sie erfolgte von einem Freunde aus der Genfer Völkerbundzeit: Nachum Goldmann, dem „Außenminister“ des Jüdischen Weltkongresses... Max Brauers Rettung nach Amerika erfolgte also durch einen Juden. Darin liegt kein bloßer Zufall. Während seiner Odyssee begleitete ihn wie ein getreuer Schatten der jüdische Freund Katz, heute Justizminister des Landes Schleswig-Holstein. Vor allem aber war Brauer Zionist, solange er nur denken konnte. In Deutschland hatte er das Pro-Palästina-Komitee begründet und gehörte zu den eifrigsten nichtjüdischen Kampfern für die moderne Zionsidee.“

(In: JUNA Korrespondenz, Zürich, 22. 2. 50)

9b) Ein Akt der Dankbarkeit

Der kanadisch-jüdische Kongreß hat die Kosten für die Überfahrt und die Einordnung einer katholischen Familie aus Polen übernommen. Der betreffende Bauer hatte

einem Juden, der aus einem Lager geflüchtet war, Unterkunft während der ganzen deutschen Besetzungszeit gewährt und dazu noch weitere acht Juden in seinem Keller versteckt und ernährt. Er wurde deswegen von polnischen Antisemiten belästigt und wandert jetzt aus.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 23. 6. 50] 25, S. 12)

9c) 5000 Juden waren in Berlin versteckt

Nun werden auch die Tatsachen über die Rettung von Juden durch deutsche Familien bekannt. Man rechnet damit, daß etwa 5000 Juden allein in Berlin dem Schicksal der Deportation entgingen, weil sie von nichtjüdischen Familien versteckt gehalten wurden.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 9. 6. 1950] 23, S. 12)

9d) Gesamtvertretung der Juden gegründet

Am 19. Juli haben sich auf einer Sitzung in Frankfurt a. M. die Organisationen der Juden in Deutschland zu einer Gesamtvertretung zusammengeschlossen, die den Namen „Zentralrat der Juden in Deutschland“ führt. Der „Zentralrat“ wird durch ein aus vier Personen bestehendes Direktorium und einen aus 15 Delegierten gebildeten Rat repräsentiert. Der Sitz des „Zentralrates“ ist Frankfurt a. M. (dpa.).

(In: „Allgemeine Wochenzeitung“, 5 [Düsseldorf, 28. 7. 50] 16. S. 1)

9e) Volle Rechte für heimatlose Ausländer

Gesetzesvorlage über die Rechtsstellung der DP's.

Die heimatlosen Ausländer, die nicht auswandern werden, sollen im vollen Umfang Gelegenheit erhalten,